
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 3

Kreistag

am 28.09.2010

Freiherr-vom-Stein-Saal

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla (ohne)

Christel Ciecior (SPD)

Brigitte Cziehso (SPD)

Martina Eickhoff (SPD)

Bernd Engelhardt (SPD)

Hartmut Ganzke (SPD)

Jens Hebebrand (SPD)

Christine Hölling (SPD)

Claudia Isenberg (SPD)

Carsten Jaksch-Nink (SPD)

anwesend bis 18.00 Uhr (TOP 12)

Wolfgang Kerak (SPD)

Dirk Kolar (SPD)

Ingrid Kroll (SPD)

Sascha Kudella (SPD)

anwesend bis 18.00 Uhr (TOP 12)

Ursula Lindstedt (SPD)

Gerd Oldenburg (SPD)

Hans-Jörg Piasecki (SPD)

Theodor Rieke (SPD)

Bärbel Schmidt (SPD)

Heinz Steffen (SPD)

Simone Symma (SPD)

Walter Teumert (SPD)

Peter Vaerst (SPD)

anwesend bis 17.35 Uhr (TOP 11)

Brunhilde Weinhold (SPD)
Rüdiger Weiß (SPD)
Manuela Werbinsky (SPD)
Martin Wiggermann (SPD)
Herbert Ziegenbein (SPD)
Wolfgang Barrenbrügge (CDU)
Michael Blandowski (CDU)
Günter Bremerich (CDU)
Marlies Deppe (CDU)
Peter Dörner (CDU)
Jörg-Uwe Ebner (CDU)
Wilfried Feldmann (CDU)
Claudia Gebhard (CDU)
Ute Gössing (CDU)
Hubert Hüppe (CDU) anwesend bis 17.45 Uhr (TOP 11)
Wilhelm Jasperneite (CDU)
Paul-Heinz Kranemann (CDU)
Gerhard Meyer (CDU)
Elke Middendorf (CDU) anwesend bis 16.25 Uhr (TOP 4)
Carl Schulz-Gahmen (CDU)
Martina Plath (CDU)
Ursula Sopora (CDU)
Hubert Zumbusch (CDU)
Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gudrun Bürhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Herbert Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jochen Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anke Schneider (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gabriele Wentzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gero-Heinrich Bangerter (FDP)
Michael Klostermann (FDP) anwesend bis 18.00 Uhr (TOP 12)
Heike Schaumann (FDP)
Sigurd Senkel (FDP)
Wolfgang Schilken (FDP)
Jana Müller-Simdorn (DIE LINKE.)
Werner Sell (DIE LINKE.)

Dieter Albert (FWG)
Helmut Stalz (FWG)
Dr. Matthias Laarmann (GFL)
Dieter Mendrina (SPD)
Helmut Rosenkranz (GFL)

Für die Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann
SPD-Kreistagsfraktion
Herr Dr. Timpe, Dez. II
CDU-Kreistagsfraktion
Herr Sparbrod, Dez. III
Kreistagsfraktion
Herr Hahn, Dez. IV
Herr Göpfert, L LK
Kreistagsfraktion
Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der
Frau Zemke, Geschäftsstelle der
Frau Schmidt, Geschäftsführerin der
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-

Vertreter der Medien

Interessierte

Zuhörer/innen

weitere Angehörige der

Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren, insbesondere Herrn Rosenkranz, bisher sachkundiger Bürger, und Herrn Mendrina als neue Mitglieder des Kreistags, und eröffnet die Sitzung. Er stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistags fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet er Herrn Mendrina für seine Aufgaben als Mitglied des Kreistags.

Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Punkt 2

147/10

Ersatzwahlen; Wahlen

Punkt 3

108/10

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2010

Punkt 4

071-1/10

Erlass einer Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2010 (Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf)

Punkt 5

121/10

SGB II-Neuorganisation;

Grundsatzbeschluss zum ARGE-Nachfolgemodell ab 01.01.2011

Punkt 6

126/10

Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Punkt 7

123/10

Abschluss eines Kooperationsvertrages Sport mit dem KreisSportBund Unna e.V.

Punkt 8

124/10

Neustrukturierung der ambulanten Suchtkrankenberatung im Kreis Unna; Gründung der Gemeinnützigen Gesellschaft für Suchthilfe im Kreis Unna mbH und Vorbereitung der Verschmelzung der Anonymen Drogenberatung Unna e.V. (ADU) mit der Gesellschaft.

Punkt 9

140/10

Anpassung des Gesellschaftsvertrags der Abfallvermeidungsagentur GmbH (AVA)

Punkt 10

129/10

Magna Charta Ruhr.2010 – Erklärung gegen ausbeuterische Kinderarbeit;

Beitritt der Kreisverwaltung Unna

Punkt 11

145/10

Aktionsplan „Inklusives Gemeinwesen“

Punkt 12

116/10

Mitgliedschaft des Kreises Unna im Regionalverband Ruhr

Punkt 13

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 14

105/10

Energetische Sanierung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über die Wärmedämmarbeiten -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 15

112/10

Vergabe des Auftrages über Generalplanerleistungen für den Ersatz- bzw.- Erweiterungsbau am Lippe Berufskolleg in Lünen

Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

Punkt 16

118/10

Energetische Sanierung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über die Elektroarbeiten -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 17

122/10

Energetische Sanierung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über die Fensterarbeiten -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 18

104/10

Deckenverstärkung auf 2 Kreisstraßen (K 35 Sinnerstraße, Bönen / K 22 Bürenbruch, Schwerte) und Radwegerneuerung (K 16 Industriestraße, Bergkamen)

- Vergabe der Aufträge (3 Lose) -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 19

103/10

Neubau der Kreisstraße 35n (Poilstraße, Bönen)

- Vergabe des Auftrags -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 20

138/10

Neubau eines Radweges an der K27 (Mühlenstraße in Holzwickede)

- Vergabe des Auftrages -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 21

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen bzw. Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

147/10

Ersatzwahlen; Wahlen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es aufgrund des Ausscheidens von Herrn Klaus-Dieter Bröckling aus dem Kreistag Ergänzungen zu der übersandten Sitzungsvorlage gebe. Diese Ergänzungen müssten allen Kreistagmitgliedern vorliegen.

Beschluss

1. Frau Melanie Ludwig wird als stellvertretendes Mitglied in den Schulausschuss,

2. Frau Merle Oesterschulze wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Kultur und Partnerschaften,
3. Herr Ulrich Goldemann wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie,
4. Herr Prof. Dr. Johannes Hofnagel wird als ordentliches und Herr Dr. Matthias Laarmann als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen,
5. Frau Anja Quade wird als ordentliches Mitglied und Herr Ulrich Goldemann als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz,
6. Herr Helmut Rosenkranz wird als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Kultur und Partnerschaften und in den Ausschuss für Planung und Verkehr,
7. Herr Reinhard Schulz wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Planung und Verkehr,
8. Herr Ulrich Goldemann wird als ordentliches Mitglied in den Bau- und Technikausschuss,
9. Herr Helmut Rosenkranz wird als stellvertretendes Mitglied in den Natur- und Umweltausschuss,
10. Herr Kunibert Kampmann als ordentliches Mitglied und Herr Dr. Matthias Laarmann als stellvertretendes Mitglied in den Schulausschuss,
11. Herr Helmut Rosenkranz wird als Mitglied in die Strukturkommission VKU/ÖPNV,
12. Herr Prof. Dr. Johannes Hofnagel wird als Mitglied in die Finanzstrukturkommission,
13. Herr Dieter Mendrina wird
als ordentliches Mitglied in
 - den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen,
 - den Bau- und Technikausschuss,
 - den Rechnungsprüfungsausschuss und
 - den Beirat für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz

sowie als stellvertretendes Mitglied in

 - den Ausschuss für Planung und Verkehr,
 - den Schulausschuss und
 - die Mitgliederversammlung der Anonymen Drogenberatung Unna e.V.,
14. Frau Heike Brossat wird als Mitglied in die Baukommission und
15. Frau Brunhilde Weinhold zur stellvertretenden Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses gewählt.
16. Herr Landrat Michael Makiolla wird zur Wiederwahl als ordentliches Mitglied in den Widerspruchsausschuss der Emschergenossenschaft vorgeschlagen.
17. Frau Sabine Leißer vertritt den Kreis Unna im Verein „Wissenschaft vor Ort“. Die Stellvertretung wird von Frau Jutta Pauels wahrgenommen.
18. Frau Sabine Leißer wird als ordentliches Mitglied und Herr Klaus-Peter Dürholt als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe (ZRL) entsandt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

108/10

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2010

Erörterung

Herr Sell stellt eine Anfrage bzgl. der im Budget 01 unter E 5 und im Budget 50 unter E 4 aufgeführten Angaben zu den Kosten des Sozialtickets, deren umgehende Beantwortung ihm zugesagt wird. Nach Mitteilung des zuständigen Dezernenten Herrn Sparbrod erfolge dies im Rahmen des Budgetberichtes zum Stichtag 30.09.2010.

Weitere Wortbeiträge ergeben sich nicht. Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 30.06.2010 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

071-1/10

Erlass einer Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2010 (Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf)

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann erläutert die aktuellen Entwicklungen. Danach sei noch zu Beginn der vergangenen Woche damit zu rechnen gewesen, dass bis Anfang November eine weitere Entlastung des Kreishaushaltes aufgrund des neu zu verabschiedenden Wohngeldentlastungsgesetzes im Umfang von ca. 13 Mio. Euro eintreten werde. Da es Ziel sei, alle Verbesserungen des Haushaltes an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden weiter zu geben, sei in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen angeregt worden, auf der Grundlage einer neuen Berechnung der Kreisumlage die Entscheidung über die Nachtragssatzung in die Sitzung des Kreistags am 09. November zu verschieben. Inzwischen sei bekannt, dass die Entscheidung über den Gesetzentwurf erst nach diesem Termin erfolgen werde. Daher werde vorgeschlagen, die Nachtragssatzung in der vorliegenden Form zu beschließen. Sollten in diesem Jahr noch Zahlungen aus dem Wohngeldentlastungsgesetz fließen, würden diese nach Beschluss durch den Kreistag periodengerecht und entsprechend der Umlageleistungen an die Städte und Gemeinden weiter gegeben.

Frau Cziehso erklärt, dass sie das vorgeschlagene Verfahren aufgrund der bekannten Finanznot der Städte und Gemeinden für begrüßenswert halte. Ein weiterer positiver Effekt des erfolgreichen Klageverfahrens ergebe sich daraus, dass neben der zu erwartenden Nachzahlung sich auch die zukünftigen Leistungen aus dem Wohngeldentlastungsgesetz erhöhen werden und dies ebenfalls eine Entlastung bedeute.

Lt. Herrn Landrat Makiolla sei die Nachzahlung vom erfolgreichen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens abhängig. Er appelliert an die Kreistagsmitglieder, dazu ihren politischen Einfluss auf die jeweiligen Landtagsfraktionen geltend zu machen.

Beschluss

Die Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2010 wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

121/10

SGB II-Neuorganisation;

Grundsatzbeschluss zum ARGE-Nachfolgemodell ab 01.01.2011

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag der FDP-Fraktion vom 09. September 2010 vorläge. Zudem erläutert er, dass bei einer Beschlussfassung über die Sitzungsvorlage DRSNr. 121/10 der erste Spiegelstrich aus dem Beschlussvorschlag gestrichen werde. Sodann erteilt er der antragstellenden Fraktion das Wort.

Bereits im Dezember 2009 habe es unter Berücksichtigung des laufenden Gesetzgebungsverfahrens einen parteiübergreifenden Beschluss für die Beantragung der Zulassung als Optionskommune gegeben, so Frau Schaumann. Dies halte ihre Fraktion auch weiterhin für die beste Lösung für alle Beteiligten, da eine größere Nähe zu den Betroffenen bestünde und eine zielgenauere Arbeitsmarktpolitik möglich sei. Derzeit bestehende Reibungsverluste würden entfallen. Daher werde das Optionsmodell als notwendig angesehen.

Lt. Frau Cziehso werde sich die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag des Landrates anschließen. Es habe zwar im Dezember 2009 den Beschluss zur Optionskommune gegeben. Ihre Fraktion habe dem aber nur zugestimmt, weil zu diesem Zeitpunkt eine getrennte Aufgabenwahrnehmung durch die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen drohte. Dies hätte für die Betroffenen eine doppelte Antragstellung zur Sicherstellung ihres Lebensunterhaltes bedeutet und sollte unbedingt vermieden werden. Durch die seit Juli geltende Neuregelung bestünde nunmehr die Auswahl zwischen den Möglichkeiten der Aufgabenwahrnehmung in der Form der Optionskommune oder des optimierten Jobcenters. Nach ausführlicher Auseinandersetzung mit beiden Modellen sei festzustellen, dass beides annähernd gleiche Modalitäten bedinge. Allerdings entfielen beim optimierten Jobcenter die in nicht unerheblicher Höhe zu erwartenden Implementierungskosten der Option. Vielmehr würden eine bereits gut funktionierende Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen fortgesetzt und zudem Verantwortlichkeiten geteilt sowie die Stärken der Aufgabenträger nutzbringender für die zu Betreuenden eingesetzt. Die Organisationsstruktur des optimierten Jobcenters böte darüber hinaus eine umfangreichere Einflussnahme auf Arbeitsmarktprogramme als bisher. Insgesamt betrachtet sei somit das optimierte Jobcenter die zu favorisierende Organisationsform.

Die FWG-Gruppe werde ebenfalls das optimierte Jobcenter mittragen, so Herr Stalz. Ausschlaggebend dafür sei das im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich gute Ergebnis der Arbeit der ARGE Kreis Unna.

Bedingt werde dies u.a. durch die gute Zusammenarbeit mit der Bundesagentur. Diese Arbeit könne im Jobcenter fortgeführt werden. Es entfielen außerdem die zusätzlichen Umstellungskosten, die bei der Option zum Tragen kämen, sowie das höhere Haftungsrisiko. Allerdings würde für die Zukunft die weitere Optimierung der Arbeit des Jobcenters und die Nutzung von Synergie-Effekten erwartet. Es gehe hier um die für die regionalen Gegebenheiten sinnvollste Organisationsform. Dem werde mit dem vorliegenden Vorschlag Rechnung getragen.

Herr Jasperneite erläutert, dass die CDU-Fraktion sich nach intensiver Diskussion weiterhin für das Optionsmodell ausspreche. Dies stelle nicht die bisherige gute Arbeit der ARGE Kreis Unna in Frage. Es gebe einen einstimmigen Beschluss für die Optionskommune aus Dezember 2009. Hätte die Verwaltung die Umsetzung forciert, hätte dieser Beschluss heute Bestand. Zudem seien die mittlerweile eingetretenen Veränderungen der Rechtsgrundlagen marginal. Er halte daher die für das optimierte Jobcenter aufgeführten Argumente für herangezogen. Nach wie vor werde die bestmögliche Aufgabenwahrnehmung bei der Kommune gesehen und der Antrag der FDP-Fraktion unterstützt. Dieser sei allerdings obsolet, da die Rechtsauffassung vertreten werde, dass der Beschluss aus Dezember 2009 weiterhin Bestand habe.

Herr Landrat Makiolla teilt zu den Ausführungen von Herrn Jasperneite mit, dass die Verwaltung aufgrund des Beschlusses zur Optionskommune unmittelbar tätig geworden sei. Da auf der örtlichen Ebene mitgeteilt worden sei, dass keine Möglichkeit zu einer Umsetzung gesehen werde, habe er sich an die zuständige Bundesministerin, Frau von der Leyen, gewandt. Diese habe in ihrem Antwortschreiben, das allen Fraktionen und Gruppen zur Kenntnis gegeben worden sei, mitgeteilt, dass aufgrund der aktuellen Rechtslage keine Möglichkeit zur Beantragung der Zulassung zur Optionskommune bestehe. Damit sei die Angelegenheit als erledigt betrachtet worden.

Lt. Herrn Dr. Laarmann läge aufgrund der jetzigen Gesetzeslage die Voraussetzung dafür vor, die Leistungserbringung im Sinne der Betroffenen weiterhin unter „einem Dach“ vorzunehmen. Ein gut funktionierendes System könne fortgeführt werden. Lediglich im Bereich der Beschäftigungsverhältnisse gebe es Asymetrien, die auszuräumen wären. Daher werde die GFL-Gruppe dem optimierten Jobcenter zustimmen.

Herr Goldmann führt aus, dass es Ziel sein müsse, für die Umsetzung des SGB II die Organisationsform zu wählen, die dem Kreis optimale oder zumindest verbesserte Einflussmöglichkeiten auf die zukünftige Arbeitsmarktpolitik garantiere. Für seine Fraktion gehe es darüber hinaus darum, Arbeitslosigkeit wirkungsvoll und dauerhaft zu überwinden. Es handele sich hier um ein derart komplexes Thema, das inhaltlich, gesellschaftspolitisch, strategisch und formal zu diskutieren und bewerten sei. Zu kritisieren habe er, wie die Verwaltung mit dem einstimmigen Beschluss vom 15.12.2009 umgegangen sei. Dieser Beschluss sei nicht aufgehoben oder verändert worden. Es gebe lediglich eine Empfehlung des Landkreistages aus Juni 2010, auf deren Grundlage der Nichtbestand des Beschlusses zur Optionskommune konstruiert und der Vorschlag zur Einführung eines optimierten Jobcenters erarbeitet worden sei. Eine Absicht der Verwaltung zur Umsetzung des Beschlusses habe nach seiner Meinung zu keinem Zeitpunkt bestanden. Betrachte man die Bestrebungen anderer Kommunen als Optionskommune anerkannt zu werden, sei die vorgetragene Argumentation bzgl. der Implementierungskosten und des Haftungsrisikos nicht überzeugend. Aus den

Unterlagen der anderen Kommunen ergebe sich kein Unterschied bei den Kosten der beiden Modelle. Es gehe hier nicht um den einfacheren Weg, schwerer wiege die Verpflichtung gegenüber den Betroffenen. Aus diesen Gründen spreche sich seine Fraktion weiterhin für die Optionskommune aus.

Erst eine Änderung des Grundgesetzes habe die Möglichkeit eröffnet, sich für ein optimiertes Jobcenter zu entscheiden, so Herr Ganzke. Zudem liege ein Erlass des zuständigen Ministeriums vor, nach dem ein erneuter Beschluss des Kreistages für die Beantragung der Option notwendig sei und der eine 2/3-Mehrheit der abzugebenden Stimmen benötige. Es handele sich also nicht lediglich um eine Empfehlung.

Herr Sell erklärt für die Linksfraktion, dass im Vordergrund die Frage stehen müsse, welche Organisationsform für die Bezieher der Leistungen nach dem SGB II die bessere sei. Die Fortführung der bisherigen Arbeit in Form des optimierten Jobcenters ermögliche am ehesten eine überregionale und vermittlungsorientierte Ausrichtung sowie eine schnelle und unbürokratische Leistungsgewährung. Die bisherigen bundesweiten Erfahrungen hätten gezeigt, dass dies durch die ARGE in höherem Umfang als durch die Optionskommunen gewährleistet worden sei. Ein wichtiger Punkt sei auch die Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse der Mitarbeiter/innen der Kommunen und der Arbeitsagenturen. Die vorgeschlagene Organisationsform würde erheblich dazu beitragen. Die Linksfraktion werde dem Vorschlag des Landrates daher folgen.

Lt. Herrn Nadolski-Voigt sei durch die Bundesagentur beabsichtigt, zukünftig verstärkt vermittelnde und weniger integrative Maßnahmen durchzuführen. Es sei eine Kürzung der Mittel um 30 Prozent vorgesehen. Man nehme sich im optimierten Jobcenter im Gegensatz zur Option die Möglichkeit, steuernd einzuwirken. Zudem gebe es durch zwei Arbeitsagenturen erhebliche Reibungsverluste zu Lasten der eigentlich zu leistenden Arbeit.

Herr Wiggermann bedankt sich als Vorsitzender des Lenkungsausschusses der ARGE für die einmütige Würdigung der guten Arbeit. Dies müsse für die Überlegung über das weitere Vorgehen herangezogen werden. Mit der Option würde die gut funktionierende Zusammenarbeit mit den Bundesagenturen aufgegeben. Dies wäre für die Arbeitsmarktpolitik und die zu Betreuenden von Nachteil.

Abschließend weist Herr Landrat Makiolla darauf hin, dass die Kürzung der Mittel für sozial-integrative Maßnahmen sowohl für die optimierten Jobcenter als auch die Optionskommunen gelten werde. Dies beträfe nicht die Organisationsform sondern sei allgemeine Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Die Entscheidung aus 2004 eine ARGE Kreis Unna einzurichten und nicht Optionskommune zu werden, hätte mit einem Vetorecht der Städte und Gemeinden aus dem Ausführungsgesetz zum SGB II gegen die Überlegungen zur Option zu tun gehabt. Somit habe die Möglichkeit zur Beantragung der Option nicht bestanden. Zur jetzigen Situation liege ein Erlass des zuständigen Ministeriums vor. Dies sei eine direkte Weisung, über die sich keine Verwaltung und somit auch nicht der Kreis Unna hinwegsetzen könne.

Sodann wird nach dem Hinweis darauf, dass für die Beantragung der Option eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen erreicht werden muss, zuerst das Abstimmungsverfahren über den Antrag der FDP-Fraktion durchgeführt.

Beschluss

1. Der Kreis beantragt die Zulassung des Kreises Unna zur alleinigen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Optionskommune)
2. Der Landrat wird beauftragt, umgehend die erforderlichen Konzepte und den Antrag gemäß der Verordnung über das Verfahren zur Feststellung der Eignung als kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende fristgerecht zu erstellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (35 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion, der Linksfraktion, der FWG- und der

GFL-Gruppe und des Landrates)

Herr Senkel teilt mit, dass seiner Fraktion mit dem Antrag daran gelegen gewesen sei, Rechtssicherheit bzgl. des Beschlusses aus Dezember 2009 zu erreichen. Ihnen sei aber eine weiterhin gute Arbeit für die Leistungsbezieher und mit allen Beteiligten wichtig. Daher stimme die Fraktion unter der Voraussetzung, dass der Landrat Vorsitzender der Trägerversammlung werde, der Einrichtung eines optimierten Jobcenters zu.

Herr Goldmann macht geltend, dass es zu dieser Sitzungsvorlage noch Klärungsbedarf gebe und er eine Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt für sinnvoller halte.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es im Vorfeld zur heutigen Sitzung eine Vielzahl von Gesprächen gegeben habe, in denen offene Fragen hätten geklärt werden können. Er sehe keinen weiteren Abstimmungsbedarf, die Sitzungsvorlage sei entscheidungsreif.

Er stellt den folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Beschluss

- Der Kreistag stimmt dem Abschluss der beigefügten Vereinbarung zur näheren Ausgestaltung und zur Organisation der gemeinsamen Einrichtung zu.
- Der Landrat wird beauftragt, entsprechend der finanzpolitischen Bedeutung des Jobcenters für den Kreis Unna auch die personalpolitische Verantwortung deutlich auszuweiten, indem
 - eine paritätische Besetzung des Personalkörpers zwischen Agentur für Arbeit und dem kommunalen Träger
 - in dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen und
 - in alleiniger Anstellungsträgerschaft des Kreises Unna angestrebt wird.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (40 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Linksfraktion, der

Enthaltung der CDU-

Fraktion)

Die Sitzung wird von 16.35 Uhr bis 16.50 Uhr unterbrochen.

Punkt 6

126/10

Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt Beratungsbedarf und der Wunsch nach Verschiebung in die Beratungen zum Haushalt 2011 bestehe.

Nach Klärung von Fragen wird diesem Vorschlag zugestimmt.

Punkt 7

123/10

Abschluss eines Kooperationsvertrages Sport mit dem KreisSportBund Unna e.V.

Beschluss

Der Kreistag beauftragt den Landrat, den als Anlage beigefügten Kooperationsvertrag Sport mit dem KreisSportBund Unna e.V. abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

124/10

Neustrukturierung der ambulanten Suchtkrankenberatung im Kreis Unna; Gründung der Gemeinnützigen Gesellschaft für Suchthilfe im Kreis Unna mbH und Vorbereitung der Verschmelzung der Anonymen Drogenberatung Unna e.V. (ADU) mit der Gesellschaft.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt,

1. die Gemeinnützige Gesellschaft für Suchthilfe im Kreis Unna mbH vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung und nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrages zu gründen,
2. die Schaffung der vereinsrechtlichen Voraussetzungen zur Verschmelzung der Anonymen

Drogenberatung Unna e.V. (ADU) zu veranlassen,

3. die notwendigen Schritte zur Verschmelzung des Vereins mit der gGmbH unter Beachtung der Mitarbeiterbeteiligungsrechte durchzuführen und
4. den Verschmelzungsvertrag zwischen dem Verein und der gGmbH abzuschließen,
5. die Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung nach § 8 des Gesellschaftsvertrages wie folgt vorzunehmen:

- | | |
|---|--|
| (a) Vertretung der Verwaltung:
Dezernenten für

Verbraucherschutz) | Landrat (dieser wiederum vertreten durch den

Gesundheit und |
| (b) SPD: | 4 Sitze, namentlich: |
| <u>Dirk Kolar</u> | |
| <u>Sascha Kudella</u> | |
| <u>Gerd Oldenburg</u> | |
| <u>Bärbel Schmidt</u> | |
| (c) CDU: | 3 Sitze, namentlich: |
| <u>Claudia Gebhard</u> | |
| <u>Paul-Heinz Kranemann</u> | |
| <u>Ursula Sopora</u> | |
| (d) BÜNDNIS 90/Die Grünen: | 1 Sitz, namentlich: |
| <u>Barbara Streich</u> | |
| (e) FDP: | 1 Sitz, namentlich: |
| <u>Heike Schaumann</u> | |

Die vorgenannten Mitglieder des Kreistags vertreten den Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung. Sie werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung alle in Zusammenhang mit der Verschmelzung sowie der Gründung der GmbH erforderlichen Beschlüsse im Rahmen der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages zu fassen, ohne eine weitere Zustimmung des Kreistags einholen zu müssen.

Die durch den Kreistag in die Mitgliederversammlung der ADU entsandten Vertreter werden beauftragt, alle in Zusammenhang mit der Verschmelzung erforderlichen Beschlüsse zu fassen, ohne eine weitere Zustimmung des Kreistags einholen zu müssen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 9

140/10

Anpassung des Gesellschaftsvertrags der Abfallvermeidungsagentur GmbH (AVA)

Erörterung

Zur Anpassung des Gesellschaftsvertrags der Abfallvermeidungsagentur GmbH gebe es Beratungsbedarf,

so Herr Landrat Makiolla. Die Abstimmung werde in eine der nächsten Sitzungen verschoben.

Punkt 10

129/10

Magna Charta Ruhr.2010 – Erklärung gegen ausbeuterische Kinderarbeit;
Beitritt der Kreisverwaltung Unna

Beschluss

Der Kreis Unna tritt der MAGNA CHARTA RUHR 2010 – Erklärung gegen ausbeuterische Kinderarbeit bei und unterstützt damit das Ziel der Stärkung von Kinderrechten.

Der Kreistag beauftragt den Landrat, Maßnahmen zur Umsetzung einer fairen Beschaffung im Sinne der MAGNA CHARTA RUHR 2010 und der ILO-Kernarbeitsnormen zu ergreifen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

145/10

Aktionsplan „Inklusives Gemeinwesen“

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 09.09.2010

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt einen gemeinsamen Antrag der SPD- und der FDP-Fraktion gebe, der allen Kreistagmitgliedern vorläge.

Sodann erläutert Frau Wentzek für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN den Antrag vom 09.09.2010. Insbesondere gehe es bei diesem Antrag um einen Paradigmenwechsel von der Integration hin zur Inklusion. Die Herangehens- und die Sichtweise im Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen müsse dahingehend geändert werden, dass eine Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben möglich sei. Dies solle im Rahmen eines langfristig angelegten Planungsprozesses unter Beteiligung der Betroffenen geschehen. Der Prozess umfasse einen Zeitraum von 10 Jahren mit einer jährlichen Berichterstattung über den Stand der Umsetzung.

Herr Ganzke betont, dass sich aus der Diskussion sowohl in der SPD-Fraktion als auch in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses gezeigt habe, dass dieses Thema übergreifend als wichtig und umzusetzen angesehen werde. Allerdings gebe es Unterschiede in der Art der gewünschten Umsetzung. In der Sitzung des Kreisausschusses sei vereinbart worden, bis heute nach einem gemeinsamen Weg zu suchen. Da dies nicht gelungen sei, hätten die FDP- und die SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag gestellt. Aufgrund der Wichtigkeit des Themas solle vor einer Beschlussfassung durch den Kreistag eine Beratung in allen

Fachausschüssen erfolgen. Aus den Ergebnissen der Beratungen solle dann der Aktionsplan entwickelt werden. Alleine darin unterschieden sich die beiden vorliegenden Anträge.

Lt. Herrn Hüppe wolle die CDU-Fraktion einen Aktionsplan mit festen Zielen und Terminen unter der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen. Da Konsens zu diesem Thema gesehen werde, schlage er für die weitere Vorgehensweise vor, den Antrag der SPD- und FDP-Fraktion zu modifizieren und zu ergänzen. Den Änderungsvorschlag legt er kurz mündlich dar und übergibt eine handschriftliche Ausfertigung.

Frau Wentzek führt dazu aus, dass sie den Antrag ihrer Fraktion als den konkreteren und weitergehenderen sehe, der den Antrag der SPD- und FDP-Fraktion bereits enthalte. Daher könne aufgrund des breiten Konsenses zu diesem Thema ihr Antrag zur Beschlussfassung gestellt werden.

Herr Senkel verweist auf die in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses sichtbare gemeinsame Intention zur Behandlung des Themas sowie auf den bestehenden Dissens über den Weg der Umsetzung. Der Landrat habe gestern deutlich gemacht, dass aufgrund fehlender Ressourcen der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Form kaum umzusetzen sei. Seine Fraktion begrüße daher den ergänzenden Vorschlag der CDU-Fraktion.

Es handele sich hier um eine neue und wichtige Querschnittsaufgabe, so Herr Dr. Laarmann. Er sehe das Thema aber noch nicht ausreichend in der Politik und der Verwaltung verankert, um jetzt schon die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgesehene Festlegung vorzunehmen. Dafür sei eine umfassende Beratung notwendig. Daher unterstütze seine Gruppe den Antrag der SPD- und FDP-Fraktion mit der vorgeschlagenen Ergänzung der CDU-Fraktion.

Herr Sell erklärt, dass die Linksfraktion den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorbehaltlos mittrage. Die hier geführte Diskussion sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Herr Landrat Makiolla schlägt eine Unterbrechung der Sitzung vor, damit sich die Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen über die weitere Vorgehensweise beraten können.

Herr Goldmann teilt dazu mit, dass im Sinne des Themas und der Betroffenen seine Fraktion dem Antrag der SPD- und FDP-Fraktion mit der vorgeschlagenen Ergänzung der CDU-Fraktion zustimmen werde. Damit verbunden sei die Hoffnung, dass die im Antrag seiner Fraktion aufgeführten Punkte in der Umsetzung Berücksichtigung fänden.

Darauf hin wird über den Antrag der SPD- und FDP-Fraktion mit der vorgeschlagenen Ergänzung der CDU-Fraktion abgestimmt.

Beschluss

1. Der Kreistag des Kreises Unna unterstützt offensiv die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13.12.2006 und das am 26.03.2008 in Kraft getretene Zusatzprotokoll für Deutschland.

2. Die Verwaltung wird beauftragt zeitnah (Frühjahr 2011) eine Bestandsaufnahme über Planungen und bereits realisierte Maßnahmen vorzulegen.
3. Diese Bestandsaufnahme und der Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 9.9.2010 dient als Arbeitsgrundlage einer Beratung in allen Ausschüssen des Kreistages.
4. Die Verwaltung legt bis zum Sommer einen Aktionsplan „Inklusives Gemeinwesen“ vor, um diesen spätestens im Herbst 2011 im Kreistag beschließen zu können. Menschen mit Behinderung sind bei der Erstellung sowie der Beschlussfassung des Aktionsplans und seiner Umsetzung zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 12

116/10

Mitgliedschaft des Kreises Unna im Regionalverband Ruhr

Erörterung

Die GFL-Gruppe sehe die Mitgliedschaft des Kreises Unna im Regionalverband Ruhr (RVR) aufgrund des Verhältnisses zwischen dem zu leistenden Beitrag und der dafür erbrachten Leistungen ausgesprochen kritisch, so Herr Dr. Laarmann. Es stelle sich die Frage, ob diese Leistungen nicht aus dem eigenen Haus mit geringerem Aufwand erbracht werden könnten. Daher reiche die Kenntnisnahme dieser Sitzungsvorlage nicht aus. Er stelle den Antrag, dass zur Wahrung der Frist die Erklärung auf Beendigung der Mitgliedschaft im Regionalverband Ruhr abgegeben werde, um in Verhandlungen über den Verbleib des Kreises Unna stärkere Steuerungsmöglichkeiten auf die Leistungen zu erreichen.

Frau Cziehso führt aus, dass es in den vergangenen Jahren bereits eine umfangreiche Diskussion zum Verbleib im RVR gegeben habe, da durchaus die Schwächen gesehen würden. Es könne aber nicht der Umlagebeitrag gegen die Leistungen im Kreisgebiet aufgerechnet werden, da der RVR flächendeckend im gesamten Ruhrgebiet tätig sei und diese Leistungen von Bürgern des Kreises über die Kreisgrenzen hinaus wahrgenommen würden. Zudem sei mittlerweile die Regionalplanung beim RVR angesiedelt. Sich hiervon zu trennen, bedeute eine völlige Neuaufstellung in diesem Bereich. Über die Arbeit des RVR für den Kreis Unna habe es in der jüngeren Vergangenheit ein Gespräch der Fraktionsvorsitzenden mit dem RVR-Vorstand gegeben, in dem Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen worden seien. Sie sehe daher keine Notwendigkeit, eine solche Erklärung abzugeben.

Lt. Herrn Senkel habe sich die FDP-Fraktion nach dem von Frau Cziehso genannten Gespräch unter Einbeziehung einer vor zwei Jahren im gleichen Kreis durchgeführten Besprechung und unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Konsolidierung des Kreishaushaltes eingehend mit der Mitgliedschaft im RVR beschäftigt. In der Gesamtabwägung seien sie zu der Überzeugung gelangt, dass eine Kündigung derzeit nicht sinnvoll umsetzbar sei.

Herr Jasperneite erklärt, dass es zu kurz gegriffen sei, wenn sich die Frage des Verbleibs auf den finanziellen

Aufwand reduziere. Mit der Mitgliedschaft im RVR habe sich der Kreistag bereits in den letzten zwei Jahren intensiv beschäftigt und sich für einen Verbleib entschieden. Die durchaus vorhandene Kritik sei an den RVR weitergegeben worden. Die weitere Entwicklung bleibe abzuwarten.

Herr Stalz regt an, sich dieser freiwilligen Leistung ebenfalls im Rahmen der Finanzstrukturkommission anzunehmen und dort über die weitere Vorgehensweise zu beraten.

Es sei das gesamte Handlungsgebiet und -feld des RVR zu betrachten und nicht nur das Kreisgebiet, so Herr Goldmann. In dieser Gesamtschau sei festzustellen, dass die Aufgaben gut umgesetzt worden seien. Als Beispiel benennt er u.a. die Aktivitäten im Rahmen der RUHR.2010, die nicht alleine durch eine Kommune zu leisten gewesen wären. Natürlich werde die Höhe der Verbandsumlage gesehen. Hier müssen die Bestrebungen für eine verbesserte kooperative Zusammenarbeit forciert werden. Ein Austritt hätte erhebliche Nachteile, sei es in der überregionalen Planung oder mit Blick auf Fördermittel des Landes, bei denen der RVR maßgeblich beteiligt sei.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass der Antrag eine 2/3-Mehrheit benötige. Sodann lässt er über den Antrag der GFL-Gruppe auf Abgabe der Erklärung zur Beendigung der Mitgliedschaft im Regionalverband Ruhr abstimmen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (2 Ja-Stimmen der GFL-Gruppe, 57 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion, 4 Enthaltungen der Linksfraktion und der FWG-Gruppe)

Punkt 13

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Erörterung

1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2010 zum Antrag des „Bündnisses für Roma“

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass aufgrund eines aktuellen Erlasses des Innenministeriums des Landes NRW der Antragsteller in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses den Antrag für erledigt erklärt habe. Es sei vereinbart worden, dass es in der heutigen Sitzung zur aktuellen Rechtslage einen Bericht geben solle. Die Ausführungen von Herrn Sparbrod als zuständigem Dezernenten sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt. Ergänzend weist der Landrat darauf hin, dass in 2010 nicht mit Rückführungen zu rechnen sei und bei zukünftig anstehenden Rückführungen in jedem Fall die ausländerrechtliche Beratungskommission eingeschaltet werde.

2. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.08.2010 zu Mehrkosten für den Kreis

durch Abschaffung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld

Herr Sparbrod beantwortet die Anfrage. Seine Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt. Zudem kündigt er aufgrund der Komplexität des Themas eine schriftliche Beantwortung an, die allen Fraktionen und Gruppen zugehen werde.

3. Maßnahmen zur Beseitigung von Winterschäden an Kreisstraßen

Nach Beratung im Ältestenrat seien zur Vermeidung von Folgeschäden Ausschreibungsverfahren für die Beseitigung von Winterschäden an Kreisstraßen veranlasst worden, so Herr Landrat Makiolla. Die dafür benötigten Mittel im Umfang von 700.000 Euro stünden im lfd. Haushalt nicht zur Verfügung. Sie sollen entweder aus der Nachzahlung aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz oder dem Wohngeldausgleichsgesetz bereit gestellt werden. Die Auflistung der Maßnahmen werde der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

4. Sitzungskalender 2011

Der Sitzungskalender für das Jahr 2011 mit den Terminen für die Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages sowie Zeitfenstern für die Sitzungen der Fachausschüsse seien den Fraktionen und Gruppen zur Verfügung gestellt worden. Die genaue Terminierung der Fachausschusssitzungen werde in Abstimmung mit den Dezernenten und Ausschussvorsitzenden über die Stabsstelle LK erfolgen.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 14

105/10

Energetische Sanierung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über die Wärmedämmarbeiten -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 15

112/10

Vergabe des Auftrages über Generalplanerleistungen für den Ersatz- bzw.- Erweiterungsbau am Lippe Berufskolleg in Lünen

Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

Punkt 16

118/10

Energetische Sanierung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über die Elektroarbeiten -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 17

122/10

Energetische Sanierung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über die Fensterarbeiten -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 18

104/10

Deckenverstärkung auf 2 Kreisstraßen (K 35 Sinnerstraße, Bönen / K 22 Bürenbruch, Schwerte) und Radwegerneuerung (K 16 Industriestraße, Bergkamen)

- Vergabe der Aufträge (3 Lose) -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 19

103/10

Neubau der Kreisstraße 35n (Poilstraße, Bönen)

- Vergabe des Auftrags -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 20

138/10

Neubau eines Radweges an der K27 (Mühlenstraße in Holzwickede)

- Vergabe des Auftrages -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 21

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Anlagen

1. Ausführungen von Herrn Sparbrod zum Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag des „Bündnisses für Roma“
2. Ausführungen von Herrn Sparbrod zur Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Mehrkosten für den Kreis durch Abschaffung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld
3. Auflistung der Maßnahmen zur Beseitigung von Winterschäden

Ende der Sitzung

18.15 Uhr

Makiolla
Vorsitzender

Bierwolf-Siegrist
Schriftführerin